

TARIFEINHEIT

IG Metall widerspricht dem DGB

In der Debatte um die Aufhebung der Tarifeinheit in Unternehmen stellt sich die IG Metall gegen den Dachverband DGB. Vergangene Woche hat das Bundesarbeitsgericht in einem Grundsatzurteil das Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ aufgehoben. Jetzt können mehrere Tarifverträge innerhalb eines Unternehmens für dieselben Arbeitnehmergruppen gleichzeitig gelten. Die Kritiker befürchten ein Zerfasern der Tariflandschaft und Verhältnisse wie in Großbritannien, wo in den siebziger Jahren viele Kleinstgewerkschaften mit Streiks den Arbeitgebern das Leben schwermachten. DGB-Chef Michael Sommer warnte, „Krisen und Chaos“ gebe es in der Republik schon genug. Arbeitgeber-



Sommer (r.)

präsident Dieter Hundt befürchtet eine „Spaltung der Belegschaften“. Gemeinsam fordern sie eine Änderung des Tarifgesetzes. Die Linie des Bundesarbeitsgerichts sei „konsequent“, argumentiert dagegen der Chefjustitiar der Metallgewerkschaft, Thomas Klebe. „Für die Gewerkschaften bringt sie keine Nachteile.“ Im Gegenteil: Bisher seien beispielsweise jenen IG-Metall-Mitgliedern alle Rechte genommen worden, in deren Unternehmen Haustarifverträge gelten. Diese hatten bislang Vorrang vor dem Flächentarifvertrag und waren meist günstiger für den Arbeitgeber. Es sei daher festzustellen, so Klebe, „dass es die Arbeitgeber im Organisationsbereich der IG Metall schon von jeher selbst in der Hand haben, ob im Betrieb mehrere Tarifverträge gelten“. Auch für andere Teile der Wirtschaft, in denen Sparten-gewerkschaften ihre Partikularinteressen verfolgt hätten, „kann sich das Mitleid mit den Arbeitgeberproblemen in Grenzen halten“, so der Jurist.



Emirates-Stewardessen vor A380

LUFTFAHRT

Emirates attackiert Lufthansa

Knapp drei Wochen nach der Verkündung eines spektakulären Großauftrags über 32 Airbus-Maschinen vom Typ A380 verstärkt die arabische Fluglinie Emirates ihr Drängen um zusätzliche Start- und Landerechte in Deutschland. In einem zwölfseitigen Positionspapier, das vergangene Woche an knapp hundert Luftfahrtexperten, Politiker und Entscheidungsträger ging, begründet die Airline, weshalb gerade deutsche Städte wie Berlin und Stuttgart enorm von bislang nicht vorhandenen Emirates-Verbindungen profitieren könnten. Gleichzeitig greift sie die

SIEMENS

IT-Mitarbeiter sollen freiwillig gehen

Der Münchner Siemens-Konzern ist bei der geplanten Neuordnung seiner kriselnden IT-Tochter SIS offenbar schon weiter vorangekommen als bislang vermutet. Von dieser Woche an sollen ausgewählten Mitarbeitern in Deutschland nach Vorstellung der Siemens-Führung gezielt Abfindungsangebote unterbreitet werden. Auf diese Weise hofft das Unternehmen, zumindest einen Teil der rund 2000 Jobs einsparen zu können, die hierzulande wegfallen sollen. Nach Ende der Annahmefrist Mitte August soll in einem zweiten Schritt die verbliebene Belegschaft zum 1. Oktober dann zwei separaten Betriebsteilen zugeordnet werden. Wer in die neue SIS wechselt, muss vermutlich Abstriche beim Gehalt und der Anrechnung von Dienstreisezeiten hinnehmen, behält aber immerhin seinen Arbeitsplatz. Ob die eigenständige Gesellschaft im Konzern verbleibt oder demnächst weiterverkauft

wird, steht noch nicht fest. Deutlich schlechter dran sind die übrigen SIS-Beschäftigten, die nicht freiwillig gehen wollen. Sie sollen in einer Rumpfabteilung, intern SIS alt genannt, geparkt werden. Nicht auszuschließen ist, dass es bei deren Auflösung dort später auch zu betriebsbedingten Kündigungen kommen könnte. Kritische SIS-Betriebsräte werfen dem Management vor, mit ihrem Zweiklassenmodell die gesetzlich vorgeschriebene Sozialauswahl zu umgehen. Ein Siemens-Sprecher versichert, alle bestehenden gesetzlichen Regelungen würden eingehalten.



Protestierende Siemens-IT-Angestellte